

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Atomkraftwerke, Arbeitszeit</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Atomkraftwerke, Arbeitszeit, 1990 – 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Linke und ökologische Parteien	7
Liberale Parteien	9
Konservative und Rechte Parteien	10

## Abkürzungsverzeichnis

<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>ALV</b>	Arbeitslosenversicherung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>KMU</b>	Kleine und mittlere Unternehmen
<b>IDA FiSo</b>	Interdepartementale Arbeitsgruppe "Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen"

---

<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>AC</b>	assurance-chômage
<b>UE</b>	Union européenne
<b>PME</b>	petites et moyennes entreprises
<b>IDA FiSo</b>	Groupe de travail interdépartemental "perspectives de financement des assurances sociales"

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 03.08.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen fasste die FDP die **Ja-Parole zum Rebbaubeschluss** und zum **Energieartikel** – diese beiden Beschlüsse waren allerdings ziemlich umstritten – sowie zur **Reorganisation der Bundesrechtspflege** und zur **Strassenverkehrsgesetzrevision**. Klare Nein-Parolen ergaben sich zu allen sechs zur Abstimmung kommenden Volksinitiativen (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium und «Stopp dem Beton»).<sup>1</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 27.08.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegiertenversammlung der CVP fasste die **Nein-Parole zum Rebbaubeschluss** – als einzige bürgerliche Regierungspartei – und **zu den Strassenbau- und AKW-Initiativen** (Strassenbauinitiativen: freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton»); AKW-Initiativen: Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium). **Zustimmungen** fanden hingegen **der Energieartikel und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes**. Bei den Volksinitiativen zeigte sich eine gewisse Opposition der Frauen und des Nachwuchses: Der Vorstand der CVP-Frauen empfahl die Ja-Parole zur Moratoriumsinitiative und die Junge CVP unterstützte die Kleeblattinitiativen.<sup>2</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 21.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Für die eidgenössischen Abstimmungen beschloss der Parteivorstand der SP Stimmfreigabe zum Rebbaubeschluss, ein **Ja zu den Volksinitiativen für die Beschränkung des Strassenbaus** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton») und ein Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege. Beim zweiten Abstimmungspaket empfahl die SP die Ja-Parole **zum Energieartikel und zu den beiden Atominitiativen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) und die Nein-Parole zur Änderung des Strassenverkehrsgesetzes. Bei den Strassenbauvorlagen machten allerdings die meisten französischsprachigen Kantonalparteien den ökologischen Kurs der Parteileitung nicht mit.<sup>3</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 22.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Wie bereits 1988 bei der Gesamtverkehrskonzeption konnte sich die SVP auch beim Energieartikel nicht zu einer Unterstützung der Vorlage ihres eigenen Bundesrates durchringen. An der Delegiertenversammlung der SVP in Einsiedeln standen 97 Befürworter genau 97 Gegnern, unter Anführung von Nationalrat Blocher (ZH), gegenüber, worauf die Stimmfreigabe beschlossen wurde. Freilich gaben wichtige Kantonalsektionen, darunter diejenigen von Aargau, Bern und Graubünden, die Ja-Parole aus. Die beiden Atominitiativen (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) wurden von den Delegierten mit überwältigendem Mehr zur Ablehnung empfohlen, nur für die **Revision des Strassenverkehrsgesetzes** wurde die Ja-Parole beschlossen. Zum Abstimmungspaket im Frühling gab die SVP die **Ja-Parolen zum Rebbaubeschluss und zur Revision der Bundesrechtspflege** heraus, empfahl hingegen alle Strassenbauinitiativen (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton») zur Ablehnung.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 23.01.1995  
EVA MÜLLER

Mit einem weiteren Positionspapier «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung» verabschiedete die FDP verschiedene Postulate zur **Gleichstellung der Geschlechter**. Konkret forderte sie den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu allen Berufen und Positionen, die Einführung von Blockzeiten an den Schulen, freiwillige Tagesschulen sowie flexible Arbeitsformen und Teilzeitarbeit. Ferner trat sie für ein geschlechts- und zivilstandsunabhängiges Sozialversicherungs- und Steuersystem ein. Die Forderungen basieren auf einer im Auftrag der FDP erstellten Pilotstudie «Frau und Mann in Wirtschaft und Gesellschaft der Schweiz».<sup>5</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 04.09.1995  
EVA MÜLLER

In ihrer Wahlplattform 95 «Die Schweiz muss wieder sozialer werden» sprach sich die SP **gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik** aus und **forderte einen Ausbau des Sozialstaats** über Steuererhöhungen sowie Sparpotentiale, die sie im Strassenbereich, in der Landwirtschaft, in der Landesverteidigung und im Zivildienst ortete. Ausserdem stellte die Partei **«14 Thesen gegen die Erwerbslosigkeit»** vor, in denen sie in einem ersten Schritt die 40-Stunden-Woche, mittelfristig die 35-Stunden-Woche anstrebt.<sup>6</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 09.11.1996  
EVA MÜLLER

Trotz den Bemühungen um ein klares Profil zerfiel die CVP bei der Abstimmung über das revidierte Arbeitsgesetz – der als Kraftprobe zwischen Unternehmerinteressen und Arbeitnehmerschutz eine hohe symbolische Bedeutung zukam – in zwei Lager. Während der wirtschaftsnahe Flügel das Gesetz unterstützte, stiess es beim christlichsozialen Flügel, bei den CVP-Frauen und bei vielen welschen Delegierten auf Opposition. Umstritten war dabei insbesondere **auch die Sonntagsarbeit, welche als familienfeindlich** taxiert wurde. Mit 120 zu 82 Stimmen beschloss die **Delegierten schliesslich die Nein-Parole** und setzten sich damit der harschen Kritik der anderen bürgerlichen Parteien aus.<sup>7</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.11.1996  
EVA MÜLLER

Ein SP-**Positionspapier zur Zukunft des öffentlichen Dienstes** wurde am Davoser Parteitag zwar diskutiert, jedoch zur Überarbeitung an den Vorstand zurückgewiesen, um einen Streit mit den Gewerkschaften insbesondere bezüglich Arbeitszeitreduktionen zu verhindern. Das Positionspapier schlägt eine **flexible Reduktion der Wochenarbeitszeit** im öffentlichen Dienst von 41 auf 33 Stunden vor. Als Ausgleich für die Arbeitszeitreduktion um 20% würden die Löhne um durchschnittlich 6% gesenkt, wobei untere Einkommen geschont werden sollen. Damit könnten, so die Hoffnung der SP-Spitze, bis zu 15'000 Arbeitsplätze geschaffen werden.<sup>8</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 01.12.1996  
EVA MÜLLER

In Basel-Stadt, wo die Novartis-Fusion hohe Wellen warf, trat die SP unter dem Slogan «Wir sind konservativ» zu den kantonalen Wahlen an. Sie festigte damit das Bild der bewahrenden Kraft in Bezug auf die **soziale Sicherheit, Löhne und Arbeitsplätze**, die sich der Entmachtung der Politik durch eine anonyme Wirtschaft entgegenstemmt. Einen Sieg in diesem Sinne konnte die SP im Dezember mit der **gewonnenen Abstimmung über das** revidierte Arbeitsgesetz verbuchen, gegen das sie zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen hatte.<sup>9</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 02.02.1998  
URS BEER

In der Antwort auf den IDA FiSo-2-Bericht **forderte der SP-Vorstand einen Ausbau des Sozialstaates** und nannte die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, die Flexibilisierung des Rentenalters, einen eigenständigen Anspruch ausgesteuerter älterer Arbeitsloser auf Ergänzungsleistungen, die Erhöhung des Beitragsplafonds bei der ALV auf 243'000 CHF, die bessere Absicherung der Teilzeitarbeit, ein eidgenössisches Minimum für Kinderzulagen (200 CHF) und ein Recht auf Existenzsicherung als vordringliche Massnahmen, wobei eine höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank an die Kantone für einen Lastenausgleich sorgen soll.<sup>10</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 02.06.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Das gleichzeitig beschlossene Förderungsprogramm zur Halbierung der Arbeitslosigkeit wurde während zweier Stunden ausgiebig diskutiert. Im Zentrum des Programms standen **Innovationen in die Bildung, die Förderung der KMU, die Sicherung der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungsprogramme.**

Einem Antrag der Sektion Lausanne 3, die **Strommarktliberalisierung grundsätzlich nicht gutzuheissen, wurde stattgegeben.** Ebendiese Absage an die Strommarktliberalisierung brachte SP-Frauenpräsidentin Jacqueline Fehr (ZH) auf den Plan. In einem Brief an die Parteileitung kritisierte sie das planlose und beliebige Vorgehen der SP im Wahljahr. Der «naive» Strommarkt-Beschluss der Partei sei ein deutliches Zeichen dafür, dass die Partei die Diskussion um Liberalisierung und Modernisierung scheue, ausser einem pauschalen Nein jedoch keine Lösungsvorschläge zustande bringe.<sup>11</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 10.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Winterthur beschloss die SP die **Ja-Parole zum Uno-Beitritt** der Schweiz und zur Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“. <sup>12</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 14.01.2002  
MAGDALENA BERNATH

An ihrem Parteitag in Landquart (GR) beschlossen die Delegierten der SVP die Nein-Parole zur Volksinitiative "für eine kürzere Arbeitszeit". Parteipräsident Ueli Maurer übte Kritik an der bundesrätlichen Informationspolitik zur UNO-Vorlage, welche die SVP bereits im November 2001 zur Verwerfung empfohlen hatte. Nach kurzer Diskussion – Einwände kamen von den Gesundheitsdirektoren der Kantone Aargau und Thurgau und von Ärzten – beschlossen die SVP-Delegierten einstimmig und ohne Enthaltung, eine **Krankenkasseninitiative** vorzubereiten. Die geplante Krankenkasse soll analog zur Altersvorsorge auf drei Säulen aufbauen: Die erste Säule mit der obligatorischen Grundversicherung umfasst bei eingeschränkter Arztwahl nur noch existenziell notwendige Leistungen; in der zweiten Säule, welche eine Aufnahmepflicht für die Versicherer vorsieht, können zusätzliche Leistungen bei freier Arztwahl versichert werden; die dritte Säule ist den bisherigen auf dem Privatversicherungsrecht beruhenden Zusatzversicherungen vorbehalten. Mit diesem Modell hofft die SVP, 20% der Prämienkosten einzusparen. <sup>13</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 21.01.2002  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung vom Januar beschlossen die Christlichdemokraten mit lediglich einer Gegenstimme die Ja-Parole zur UNO-Beitrittsinitiative; die Volksinitiative zur 36-Stunden-Woche hatte der Vorstand zur Ablehnung empfohlen. Nach einer engagierten Diskussion verabschiedeten die Delegierten mit 143:66 Stimmen eine Resolution, welche die **Erweiterung des bundesrätlichen Gegenvorschlags zur Avanti-Initiative** verlangte. Der Urner Ständerat Hansueli Stalder, der unterstützt von der Jungen CVP den Verzicht auf die zweite Gotthardröhre gefordert hatte, war zuvor knapp unterlegen. Im Anschluss an die ordentliche Delegiertenversammlung führte die CVP mit einer Soirée des Délégués ein Polit-Happening mit kulinarisch-kulturellem Programm nach dem Vorbild der US-amerikanischen Parteitage durch, das gemäss Generalsekretär Reto Nause den inneren Zusammenhalt der Partei unterstreichen soll. <sup>14</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 03.03.2003  
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Landquart (GR) beschlossen die Sozialdemokraten zu allen im Mai zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen die Ja-Parole. Bei der Moratoriumsinitiative machte Bundesrat Moritz Leuenberger durch seine Stimmenthaltung indirekt klar, dass er das Begehren unterstützte, obwohl der Gesamtbundesrat die Vorlage zur Ablehnung empfohlen hatte. Bei der Vorlage zur **Armee XXI** folgten die Delegierten dem Antrag der Parteileitung und beschlossen **Stimmfreigabe**, die Revision des Bevölkerungsschutzes empfahlen sie zur Annahme. In einer Resolution zum Irak-Krieg forderten die Delegierten den Bundesrat auf, militärische Überflüge zu verweigern und im Kriegsfall die Rüstungsgeschäfte mit den USA zu stoppen. Ausserdem sagten sie ihrer Bundesrätin Micheline Calmy-Rey für deren öffentliche Diplomatie, konkret für deren Initiative zu einem humanitären Treffen in Genf, die Unterstützung zu. In ihrer Rede zur Entwicklungspolitik rief Calmy-Rey dazu auf, den Pauperismus in der Welt nicht wie das mit diesem Ausdruck bezeichnete vorindustrielle Massenelend hinzunehmen. <sup>15</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 18.06.2004  
MAGDALENA BERNATH

An der Delegiertenversammlung in Schaffhausen von Mitte Juni zog Parteipräsident Hans-Jürg Fehr eine erste, positive Bilanz: Die SP schaffe es nicht nur, bei den Wahlen zuzulegen, so in St. Gallen, Schwyz und im Tessin, sondern auch, mit dem Volks-Nein zur Avanti-Strassenbauvorlage, zur AHV-Revision und zum Steuerpaket Abstimmungen von richtungsweisender Bedeutung zu gewinnen. Diese Erfolge zeigten, dass die unter dem Diktat der SVP stehende bürgerliche Koalition nicht mehrheitsfähig sei und dass man weder gegen die SP noch ohne sie regieren könne, sondern nur mit ihr. Zu allen im September zur Abstimmung gelangenden Vorlagen gaben die Delegierten die Ja-Parole heraus, zum Mutterschaftsurlaub und zu den Einbürgerungsvorlagen einstimmig und diskussionslos, zur Volksinitiative „Postdienste für alle“ mit wenigen Nein-Stimmen. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die den **Verzicht auf den Bau eines neuen AKW** und auf die Planung von Atommülldeponien verlangt. Bundesrat Moritz Leuenberger hielt ein neues AKW aufgrund der Referendumshürde für unrealistisch, mahnte aber, sich nicht gegen ein Endlager zu stellen. <sup>16</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 03.07.2007  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Zug Ende Juni befassten sich die Freisinnigen mit einem Positionspapier zur Klimapolitik. Kontrovers wurde die Diskussion darüber geführt, ob die Automobilsteuer (erhoben vom Bund) und die Motorfahrzeugsteuer (erhoben von den Kantonen) durch eine **höhere Mineralölsteuer** zu ersetzen seien. Dadurch würden die Benzinpreise deutlich steigen. Die zusätzlichen Einnahmen aus der Mineralölsteuer könnten den Kantonen überwiesen werden. Eine Benzinpreiserhöhung erschien vielen Delegierten angesichts der bevorstehenden Wahlen aber ein zu heikles Thema zu sein. Die Erarbeitung eines Konzeptes für den Wechsel von der Fahrzeug- zur Treibstoffbesteuerung wurde auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Weiter wurden im Positionspapier die **rasche Planung eines neuen Atomkraftwerks** und die Förderung der Wasserkraft verlangt. Ein Antrag der Delegierten aus Basel-Stadt, auf neue Atomkraftwerke zu verzichten, wurde abgelehnt. Die FDP beschloss zudem einstimmig die Ja-Parole zur Unternehmenssteuerreform II.<sup>17</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 24.09.2007  
SABINE HOHL

Mitte September befasste sich die SP an einem „Energiegipfel“ mit der Energie- und Umweltpolitik. Sie verabschiedete eine Energiecharta, die als zentralen Punkt die Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie enthielt. Die SP bekräftigte, dass sie gegen ein neues Atomkraftwerk sofort das Referendum ergreifen würde. Der Ausstieg aus der Atomenergie solle durch eine höhere Energieeffizienz und durch die Förderung alternativer Energiequellen ermöglicht werden. Die Energieeffizienz könne unter anderem durch die Einhaltung der Minergie-Standards bei Neu- und Umbauten verbessert werden. Was die Klimapolitik betrifft, verlangte die SP die **sofortige Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin**, den Einsatz der Schweiz für ein Nachfolgeprotokoll zu Kyoto und eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweiz um 30% gegenüber dem Wert von 1990 bis ins Jahr 2020. Die SP hielt zudem an einer ökologischen Steuerreform und am Ziel der Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene fest.<sup>18</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 25.01.2010  
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Ende Januar in Stans verabschiedete die SVP eine Resolution zur **Energiepolitik**. Sie forderte den raschen Bau neuer Atomkraftwerke, um zusammen mit den Wasserkraftwerken den kostengünstigen Strommix weiterhin gewährleisten zu können. Erneuerbare Energien hätten zwar Potenzial, wurde beschieden, dieses sei aber begrenzt und nicht durch staatliche Unterstützung zu fördern.<sup>19</sup>

**VOLKSINITIATIVE**

DATUM: 29.03.2011  
MARC BÜHLMANN

In der **Energiepolitik**, in der die SP mit der Cleantech-Initiative eine Führungsrolle beanspruchte, forderten die Sozialdemokraten mit Vehemenz den raschen Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens 2025. Dank effizienterer Energienutzung und der konsequenten Förderung erneuerbarer Energien – wie dies in der Roadmap Atomausstieg gefordert wurde – könne die Schweiz die AKWs schrittweise vom Netz nehmen.<sup>20</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 05.04.2011  
MARC BÜHLMANN

In der **Energiepolitik** blieb die SVP lange Zeit still. So war etwa die AKW-Frage an der Delegiertenversammlung Ende März in Lugano kein Thema. Die erfolgreichen kantonalen Wahlen in Zürich nahm Parteipräsident Brunner zum Anlass, einen Fukushima-Effekt in Abrede zu stellen, zumindest was die SVP anbelange, die sich für innenpolitisch wichtigere Themen engagiere. Kurz darauf versuchte die Volkspartei, die Atomfrage mit ihrem Kernthema Migrationspolitik zu verknüpfen: Wenn die Einwanderung weiterhin ungebremst weitergehe, so komme man um den Bau weiterer AKWs nicht herum. Verschiedene Parteipponenten warnten vor einem unüberlegten Ausstieg und der Unmöglichkeit eines Verzichts auf Atomstrom.<sup>21</sup>

**ANDERES**

DATUM: 16.04.2011  
MARC BÜHLMANN

Rückenwind erhofften sich die Genossen im Wahlkampf dank der **Cleantech-Initiative**, die sie bereits im März 2010 lanciert hatten und in deren Folge sie sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhoffen. Der Ausstieg aus der Abhängigkeit von Atom- und Erdölenergie und die konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien und saubere Technologien würden eine nachhaltige Wirtschaftsbranche mit entsprechendem Arbeitsplatzpotential schaffen. Das Begehren wurde kurz vor den Wahlen mit 104'788 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Mit Hilfe von Initiativen lasse sich der Wahlkampf auf der Strasse führen, gab Präsident Levrat zu Protokoll. Mit der Lancierung



der Einheitskrankenkassen- und der Mindestlohninitiative sollte Anfang 2011 zusätzlich mobilisiert werden. Im März des Berichtsjahres reichte die Juso zudem mit 113'005 beglaubigten Unterschriften die 1:12-Initiative ein.<sup>22</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 08.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Die Atomkatastrophe im Japanischen Fukushima führte auch bei den Freisinnigen, welche die Kernenergie vor dem GAU als unverzichtbar eingeschätzt hatten, zu einer eigentlichen Kehrtwende in der **Energiepolitik**. Allerdings benötigte die Partei – im Gegensatz etwa zur CVP – für das Umdenken relativ lange, das denn auch nicht ganz so radikal ausfiel. Mitte März kündigte die Parteispitze die Erarbeitung verschiedener Szenarien an, wobei ein Ersatz von Kernkraftwerken als nicht mehrheitsfähig betrachtet wurde. Mitte April trafen sich rund 60 freisinnige Energiepolitiker in Bern, um eine Lagebeurteilung vorzunehmen und die Grundlagen für ein Positionspapier zu erarbeiten. Aus der internen Debatte resultierte eine Vier-Säulen-Strategie, die Anfang Juni unter dem Slogan „liberaler Umbau der Energieversorgung“ präsentiert wurde: Bestehende AKWs sollten während der vorgesehenen Laufzeit in Betrieb gehalten werden, ein Neubau von AKWs der momentanen Reaktorgeneration sei auszuschliessen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien seien zu fördern – etwa mit erleichterten Vorschriften für private Solaranlagen – und in zehn Jahren (2022) solle eine Volksabstimmung über den erwünschten Energiemix stattfinden. Die Versorgungssicherheit – so die Quintessenz des Papiers – müsse auf jeden Fall gewährleistet bleiben. Ein blinder sofortiger Ausstieg sei keine Option. Es seien alle Alternativen, insbesondere auch ein Weg ohne „Technologieverbot“ zu prüfen. Bei der Abstimmung über die Motion zum AKW-Ausstieg in der Sommersession enthielten sich die FDP-Nationalräte der Stimme.<sup>23</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 08.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Hatte die CVP im Januar bei der Veröffentlichung der Wahlpositionen in der **Energiepolitik** noch auf den Bau neuer Atomkraftwerke gesetzt, schwenkten einige CVP-Nationalräte im April auf eine atomfreie Zukunft um. Eine Motion ihres Parteikollegen Roberto Schmidt (VS), die den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie verlangt, wurde von mehreren CVP-Nationalräten mitunterzeichnet. Mit einer deutlicheren Position in der Energiefrage wollte man auch auf die Verluste bei den kantonalen Wahlen in Zürich und Luzern, wo viele Wählerinnen und Wähler an die GLP verloren gegangen waren, reagieren. Nachdem CVP-Bundesrätin Doris Leuthard im Mai den als historisch gefeierten Atomausstieg der Schweiz propagiert hatte, gelang es der Parteispitze innerhalb kurzer Zeit, eine klare parteiinterne Mehrheit für die Ausstiegspläne zu schaffen. Bei der Abstimmung zur Motion im Nationalrat am 8. Juni stimmte die Fraktion fast geschlossen für einen Atomausstieg. Allein Arthur Loepfe (AI) stimmte dagegen und drei Aargauer Abgeordnete enthielten sich der Stimme (Egger-Wyss, Zemp, Humbel). Der rasche Umschwung wurde der Partei allerdings auch zum Vorwurf gemacht. Die CVP beweise in der Energiefrage eine gewisse Wendigkeit. So stiess auch ihr Vorschlag, als Alternative zum Atomstrom über den Autobahnen Photovoltaikdächer zu montieren, in der Presse eher auf Skepsis.<sup>24</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 27.08.2012  
MARC BÜHLMANN

Ein Papier zur **Energiepolitik** verabschiedete die CVP an ihrer Delegiertenversammlung Ende August in Basel. Die Opposition gegen den geplanten Atomausstieg, die beim Beschluss vor einem Jahr noch deutlich war, war in der Zwischenzeit praktisch verstummt. Die Energiewende müsse auf kantonaler Ebene vorgenommen werden. Nötig sei eine langfristige Planung im Rahmen von Energieregionen, die Standorte für erneuerbare Energien umfassen. Die kantonale Hoheit über die Wasserrechte soll aber explizit beibehalten werden. Über das Thema ökologische Steuerreform schwieg sich das neue Programm aus. Kritik aus den eigenen Reihen wurde an der Vernachlässigung des Aspekts der fossilen Energien angebracht.<sup>25</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.08.2012  
MARC BÜHLMANN

Ende August präsentierte die SVP ein Positionspapier zur **Energiepolitik**. Auch nach Fukushima blieb die Volkspartei ihrem AKW-freundlichen Kurs treu, sie wollte aber die Wasserkraft als Hauptpfeiler der Stromversorgung stärken. Mit der Aufhebung des Deckels der kostendeckenden Einspeisevergütung solle zudem mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert werden. Dies reiche aber nur als Ersatz zweier kleiner Atomkraftwerke. Da nach Ansicht der SVP der Stromverbrauch weiter steigen werde, brauche es spätestens ab 2030 ein neues AKW, später – falls die Technologien nicht Schritt halten würden – gar noch zwei weitere. Darüber müsse aber möglichst

rasch die Stimmbevölkerung befinden.<sup>26</sup>

#### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 14.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Insbesondere bei den Abstimmungsvorlagen, die am 3. März des Berichtsjahrs an die Urne gelangten, tat sich die FDP schwer mit der **Parolenfassung**. Umstritten waren dabei nicht nur der Familienartikel, sondern auch die Beschlussfassung zum revidierten Raumplanungsgesetz (RPG). Die Nein-Parole zur Festschreibung eines Artikels zur Familienpolitik in der Verfassung war von der Präsidentenkonferenz gefällt worden, was nicht nur parteiintern Protest auslöste, sondern auch zu abweichenden Empfehlungen der FDP-Frauen und nicht weniger als sechs Kantonalsektionen führte: Ein Ja empfahlen die FDP-Sektionen der Romandie (GE, JU, NE, VD) sowie des Kantons Bern, während sich die FDP-Kantonalsektion Basel-Stadt für Stimmfreigabe entschloss. Das an der Delegiertenversammlung in Zürich Anfang Februar nur relativ knapp mit 185 zu 85 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) zustande gekommene Nein zum RPG, die abweichende Ja-Empfehlung der FDP-Frauen und die vier abweichenden Kantonalsektionen (AG, BE, LU, NE) waren Indikatoren für die parteiinterne Umstrittenheit in der Raumplanungspolitik. Hauptargument gegen das revidierte Gesetz war die Angst vor der extremeren Landschaftsinitiative, die bei einem Nein zum RPG an die Urne gekommen wäre. Bereits im Oktober des Vorjahres hatte sich der Freisinn mit 236 zu 8 Stimmen bei drei Enthaltungen gegen die Abzockerinitiative ausgesprochen. Hier wich die Sektion des Kantons Tessin ab, die ein Ja empfahl. In zwei der erwähnten drei umstrittenen Vorlagen traf die FDP mit ihrer Parole nicht die Mehrheitsmeinung (RPG, Abzocker). Dies passierte ihr bei den restlichen acht Vorlagen nur noch bei ihrer Ja-Empfehlung zur Erhöhung der Gebühr für die Autobahnvignette, die nach einer hitzigen Debatte Mitte Oktober in Genf mit 110 zu 58 Stimmen beschlossen wurde – gegen das vorgebrachte Argument, es handle sich um eine Zweckentfremdung fiskalischer Einnahmen aus dem Strassenverkehr. Die junge FDP beschloss hierzu auf Opposition zur Mutterpartei zu machen und ein Nein zu empfehlen. Bei den restlichen sieben Vorlagen traf die FDP mit ihrer parteiintern unbestrittenen Empfehlung jeweils den Mehrheitswillen der Stimmbevölkerung. Das Nein zur Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates kam mit 198 zu 5 Stimmen zustande und das Ja zur Asylgesetzrevision wurde mit 207 zu einer Stimme an der Delegiertenversammlung im Mai in Baden gefasst. Ebenso deutlich waren die Abfahren der GSoA-Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht (213 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen) und der 1:12-Initiative (201 zu 1 Stimme). Die Revision des Arbeitsgesetzes wurde einstimmig zur Annahme empfohlen. Während diese drei Vorlagen an der Delegiertenversammlung Ende August in Thun diskutiert wurden, beschloss die Präsidentenkonferenz bereits vorher das Ja zum Epidemienengesetz. Neben dem Beschluss zur Autobahnvignette wurde an der Delegiertenversammlung in Genf Mitte Oktober mit 146 zu 8 Stimmen auch ein deutliches Nein gegen die SVP-Familieninitiative beschlossen – Parteipräsident Müller bezeichnete das Begehren als Unsinn, der kein Privileg der Linken sei.<sup>27</sup>

#### ANDERES

DATUM: 21.10.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Vernehmlassungsantwort der FDP zur Energiestrategie 2050 wurde als konsolidierte Position der Freisinnigen nach mehreren Jahren des Ringens um die **Energiopolitik** der Partei interpretiert. Die FDP hatte sich nach der Atomkatastrophe in Japan 2011 lange schwer getan, eine nachvollziehbare Position aufzubauen. Sie sprach sich in ihrer Stellungnahme von Anfang Februar gegen die gesetzliche Verankerung eines Atomausstiegs aus. Zwar lehne man den Bau von Reaktoren der heutigen Technologie ab, ein grundsätzliches Technologieverbot unterstütze die FDP aber nicht. Mitte Oktober dachte FDP-Parteipräsident Philipp Müller laut über die Einführung einer Ökosteuer nach, um den Energieverbrauch zu senken. Die höhere Besteuerung von Energie statt Arbeit sei sinnvoll. In einem parteiintern nicht nur auf Wohlwollen stossenden Interview in der Sonntagszeitung forderte Müller ein ökologischeres Profil für die FDP.<sup>28</sup>

## Linke und ökologische Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 06.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen **deckten sich mit denjenigen der GPS.**<sup>29</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 10.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die GPS empfahl die **Ja-Parolen zu den Strassenbauintiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton») **und zu allen Energievorlagen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium, Energieartikel); die Revision des Strassenverkehrsgesetzes, der Rebbaubeschluss und die Revision der Bundesrechtspflege lehnte sie hingegen ab.<sup>30</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 13.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen fasste die PdA die **Ja-Parole zu den Kleeblattinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon) **und zu allen Energievorlagen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium, Energieartikel), zur Ablehnung empfohlen hat sie hingegen den Rebbaubeschluss, die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes. Bei der Volksinitiative «Stopp dem Beton» konnte sich die PdA auf nationaler Ebene nicht auf eine Parole einigen.<sup>31</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.06.1995  
EVA MÜLLER

Konkretes mit Utopischem verknüpfen wollte die PdA in ihrer Wahlplattform «Zehn Notwendigkeiten für eine solidarische und fortschrittliche Schweiz». Darin stellt sie die **gesellschaftliche Verteilung der Arbeit** in Frage und postuliert längerfristig die **Einführung der 32-Stundenwoche ohne Kürzung der Löhne**. Weiter fordert sie eine allgemeine Sozialversicherung, die mit Lohnprozenten finanziert wird und sowohl AHV wie auch Kranken- und Arbeitslosenversicherung beinhaltet. Klar sprach sich die Partei für einen raschen EU-Beitritt aus.<sup>32</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 11.09.1995  
EVA MÜLLER

Ihre Wahlplattform stellten die Grünen unter das **Schwerpunktthema ökologische Wirtschafts- und Steuerreform**, wonach Energie statt Arbeit zu besteuern sei. Die Einführung einer Energiesteuer zur Finanzierung des Sozialbereiches, welche im 2. Teil einer Doppelinitiative angestrebt wird, verabschiedete die Partei ebenso diskussionslos wie die Forderungen nach einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Abgabe, keinem weiteren Ausbau der Autobahnen, dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Verbot der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen. Neu wehren sich die Grünen nicht mehr gegen jegliches Wirtschaftswachstum, sondern sie fordern dessen Gestaltung mit umweltgerechten Innovationen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlug die Partei ein Bonus-Malus-System vor, gemäss welchem Arbeitgeber, die Teilzeitarbeit fördern, beispielsweise mit einer Reduktion des Arbeitslosenversicherungs-Beitrags belohnt würden. Für das neue Jahrtausend soll gemäss den Grünen die 30-Stunden-Woche zum Normalfall werden.<sup>33</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 15.04.1996  
EVA MÜLLER

Die **PdA trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit** und sagte damit einer «ultraliberalen Wirtschaftspolitik» den Kampf an.<sup>34</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 23.05.1996  
EVA MÜLLER

Im Mai kam die Tandem-Initiative der Grünen, **nachdem sie an Finanznot zu scheitern drohte, doch noch zustande**. Es handelt sich um die ersten eidgenössischen Volksbegehren, welche die Grünen realisierten. Die Doppelinitiative strebt ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau an und will die dadurch entstehenden Kosten mit einer Steuer auf nicht erneuerbare Energien auffangen.<sup>35</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.12.2002

MAGDALENA BERNATH

Die Parolen der PdA deckten sich mit jenen der SP, mit Ausnahme der Volksinitiative des Gewerkschaftsbundes "für eine kürzere Arbeitszeit", welche die PdA zur Ablehnung empfahl, da die Initiative auch eine gewisse Flexibilisierung (Jahresarbeitszeiten) einführen wollte. In den Parlamentswahlen in den Kantonen **Waadt** (12) und **Jura** (1) konnte die PdA ihre **Mandate halten**.

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 14.04.2004

MAGDALENA BERNATH

Im April beschlossen die Grünen die Ja-Parole zu den beiden Atominitiativen „Strom ohne Atom“ und „Moratorium Plus“, zur Initiative „Gleiche Rechte für Behinderte“, zur Lehrstelleninitiative, zur Initiative „Ja zu fairen Mieten“, zur Sonntagsinitiative, zur Gesundheitsinitiative der SP sowie zur Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes. Umstritten war einzig die Vorlage zur Armee XXI, zu der die Delegierten auf Antrag des Vorstandes mit 43:16 Stimmen bei 8 Enthaltungen leer Einlegen empfahlen; der Antrag, die Nein-Parole herauszugeben, wurde mit 44:29 Stimmen abgelehnt. Anschliessend verabschiedeten die Grünen eine Resolution, worin sie wegen der ihrer Ansicht nach völkerrechtswidrigen Intervention der USA im Irak den Umzug der UNO von New York in die neutrale Schweiz nach Genf anregten. Zu reden gab schliesslich die **Erhöhung des Mitgliederbeitrags**, welcher erstmals seit dem 20-jährigen Bestehen der Partei angehoben wurde (von 25 auf 35 Fr. pro Jahr). Dadurch verfügte die nationale GP neu über ein Jahresbudget von knapp 500'000 Fr.<sup>36</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 01.11.2004

MAGDALENA BERNATH

Mit 82:8 Stimmen beschlossen die Grünen in Sitten (VS) die Nein-Parole zum **Stammzellenforschungsgesetz**; sie hatten bereits das Referendum unterstützt. Mit 61:28 Stimmen lehnten die Delegierten auch die NFA ab; sie befürchteten, die Vorlage führe zu einem Sozialabbau. Gegen den Antrag des Vorstandes, der die Mehrwertsteuer teilweise durch eine ökologische Steuerreform ersetzen wollte, folgten die Grünen schliesslich ihrer Bundeshausfraktion und gaben mit 76:23 Stimmen die Ja-Parole zur neuen Finanzordnung heraus. Abschliessend verabschiedeten sie eine Resolution für ein zehnjähriges Atomkraftwerk-Moratorium.<sup>37</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.10.2005

MAGDALENA BERNATH

Im Herbst gaben die **Delegierten der GP** in Stans (NW) einstimmig die Ja-Parole zum von ihnen mit lancierten Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft heraus. Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH) äusserte die Hoffnung, das erstmalige Bündnis mit dem schweizerischen Bauernverband bilde den Anfang einer erfolgreichen ökologischen Ausrichtung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Mit 82:7 Stimmen bei zehn Enthaltungen empfahlen die Grünen nach engagierter Diskussion die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen zur Ablehnung. In einer Resolution forderten sie Bundesrat und Parlament auf, die Lex Koller nicht aufzuheben, ohne Schutzmassnahmen zu ergreifen; die Möglichkeit für Personen mit Wohnsitz im Ausland, uneingeschränkt Grundstücke zu erwerben, werde zu einer starken Zunahme von Wochenendhäusern und Zweitwohnungen führen, was sich katastrophal auf die Landwirtschaft, die Umwelt und die Wirtschaft in den Tourismusregionen auswirke.<sup>38</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 24.10.2011

MARC BÜHLMANN

Die **Energiepolitik** war zentrales Thema der Grünen. Nach der Atomreaktorkatastrophe im japanischen Fukushima wollten sich allerdings auch andere Parteien in Energiefragen profilieren. Mit der Initiative „Grüne Wirtschaft“ oder der im Berichtsjahr lancierten Ausstiegsinitiative, versuchten die Grünen sich von anderen Parteien abzugrenzen. Allerdings war die GP auch bemüht zu betonen, dass man kein Urheberrecht auf die Ausstiegspolitik erhebe, sondern froh sei, dass eine breite Front gegen den Atomstrom entstehe. Zudem versuchte Präsident Leuenberger die bis dahin in der Atomenergiefrage ziemlich zurückhaltende SVP mit einem verfremdeten SVP-Logo zu einem Positionsbezug herausfordern: Statt der Sonne war darauf – versehen mit dem Vermerk „für eine strahlende Zukunft“ – das Zeichen für radioaktive Strahlung abgebildet. Vielerorts wurde die intensive Beschäftigung des Bundesrats und des Parlaments mit dem Thema Kernenergie als eigentliches Problem der Grünen geortet. Diese hätten dadurch in einem monothematisch ausgerichteten Wahlkampf ihr eigentliches Profilierungsthema verloren.<sup>39</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 23.01.2012  
MARC BÜHLMANN

Vor allem „auf der Strasse“ müsse die GP ihre Anliegen durchsetzen, mahnte die scheidende Vizepräsidentin Franziska Teuscher an der Delegiertenversammlung in Kriens Ende Januar. Die Grünen hatten im Berichtsjahr denn auch zwei **Volksbegehren** im Köcher: Neben der Atomausstiegsinitiative, die eine maximale Laufzeit der bestehenden AKWs von 45 Jahren fordert, sammelte die GP auch Unterschriften für die Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“, die den ökologischen Fussabdruck der Schweiz ab 2050 auf ein nachhaltiges Niveau reduzieren will. Beide Begehren wurden Ende Berichtsjahr eingereicht: die „Grüne Wirtschaft“ kam offiziell im Oktober mit 112'098 Unterschriften zustande, und die Mitte November eingereichte Atomausstiegsinitiative wurde von der Bundeskanzlei im Januar 2013 als mit 107'533 Unterschriften zustande gekommen verfügt.<sup>40</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 05.11.2012  
MARC BÜHLMANN

In der **Umweltpolitik** waren die Grünen lange Zeit Themenführer und die zunehmende Konkurrenz aller etablierten Parteien in diesem Bereich könnte eigentlich als Erfolg der GP gewertet werden. Allerdings müsse man darauf achten, dass die GP in ihren Kernthemen weiterhin als relevant und glaubwürdig wahrgenommen werde. Man wolle in Policies wie grüne Wirtschaft, Atomausstieg, Raumplanung und Verkehr die führende Partei bleiben, gaben die neuen Parteipräsidentinnen an der Delegiertenversammlung Anfang November in Bümpliz zu Protokoll.<sup>41</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 18.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Die Grünen feierten 2013 ihr **30-jähriges Bestehen**. Die verschiedenen in den 1970er Jahren entstandenen kantonalen und kommunalen Ökologiebewegungen hatten sich 1983 zur Föderation der grünen Parteien zusammengeschlossen. In Biel wurde Ende April auf dieses Ereignis angestossen. Seit den eidgenössischen Wahlen 2011 standen die Grünen allerdings unter keinem guten Stern. Bereits damals mussten sie eine herbe Niederlage einstecken, 2012 und auch im Berichtsjahr setzte sich dieser negative Trend auch bei den kantonalen Parlamentswahlen fort. Als ein Grund für die Formschwäche der GP wurde in der Presse der Verlust der Führerschaft in Umweltthemen diskutiert. Der Atomausstieg ist beschlossen, Raumplanung, Nachhaltigkeit oder Mobilität sind Themen, die auch von bürgerlichen Parteien bearbeitet werden. Regula Rytz (BE), Co-Präsidentin der Grünen Partei Schweiz begrüsst freilich in einem Interview am Anfang des Berichtsjahrs diesen Trend: Themen, die früher belächelt worden seien, würden jetzt ernst genommen. Auf diesem Erfolg dürfe sich die GP aber nicht ausruhen, weil es zum Beispiel in der Atompolitik – die GP hatte eine Ausstiegsinitiative lanciert – noch viel zu tun gebe und noch immer Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse. Der Partei wurde auch vorgeworfen, zu wenig pragmatisch und häufig zu ideologisch zu agieren. Eine ernsthafte Oppositionspolitik könne sie zudem erst betreiben, wenn sie sich von der SP emanzipiere, mit der sie zu häufig paktiere. Ein weiterer Grund für die Verluste der Grünen wurde zudem in der GLP ausgemacht, die als liberale Version der Grünen in der Mitte die Wählerschaft abgrabe. Trotz dieser Konkurrenz setzte sich Rytz für die Wahlen 2015 10% Wähleranteil zum Ziel.<sup>42</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 31.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Die **Atomausstiegsinitiative**, die eine maximale Laufzeit der bestehenden AKWs von 45 Jahren fordert, wurde im Januar als offiziell zustande gekommen verfügt. Die Grünen hatten 107'533 gültige Unterschriften eingereicht.<sup>43</sup>

### **Liberalen Parteien**

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 03.09.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Für alle **vier Strassenbauinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton»), für die **beiden AKW-Initiativen** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) und für den **Energieartikel** empfahl der LdU die **Ja-Parole**. Die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebbaubeschluss lehnte er hingegen ab.<sup>44</sup>

## Konservative und Rechte Parteien

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 07.05.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen hat die AP folgende Parolen ausgegeben: Nein zu den Volksinitiativen über den Strassenbau (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon und «Stopp dem Beton») und die AKW-Politik (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) sowie zum Energieartikel und dem Rebbaubeschluss, **Ja zu den Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes.** <sup>45</sup>

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 20.08.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Parolen der SD zu den eidgenössischen Abstimmungen deckten sich mit denen der meisten linken und grünen Parteien: Der Zentralvorstand fasste die **Ja-Parolen zu den Volksinitiativen zum Strassenbau** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, und «Stopp dem Beton») und **zur AKW-Politik** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) **sowie zum Energieartikel**; die Revision der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebbaubeschluss empfahl er hingegen zur Ablehnung. <sup>46</sup>

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 27.08.1990

MATTHIAS RINDERKNECHT

Die EVP fasste bei den eidgenössischen Abstimmungen die **Ja-Parole** zu den **Kleeblattinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon), empfahl hingegen die «Stopp dem Beton»-Initiative zur Ablehnung, ebenso den Rebbaubeschluss. Stimmfreigabe wurde zur Revision der Bundesrechtspflege gegeben. Beim zweiten Abstimmungspaket entschied sich der Zentralvorstand mit 27:3 Stimmen für die Unterstützung der **AKW-Moratoriumsinitiative**, hingegen mit 8:17 zur Ablehnung der Ausstiegsinitiative. Der **Energieartikel** wurde gutgeheissen und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes zur Ablehnung empfohlen. <sup>47</sup>

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 28.10.1996

EVA MÜLLER

Neben Gewerkschaften, SP, Grünen und EVP trug auch die EDU das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz mit und **sprach sich gegen «grenzenlose Konsummöglichkeiten» und eine weitere «Sonntagsentheiligung» aus.** <sup>48</sup>

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 04.11.1996

EVA MÜLLER

Die EVP trug das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz aktiv mit und wehrte sich im **Abstimmungskampf zusammen mit den Landeskirchen** insbesondere vehement gegen die **Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots.** <sup>49</sup>

### PARTEICHRONIK

DATUM: 24.10.1999

DANIEL BRÄNDLI

Die Christlich-Soziale Partei der Schweiz (CSP), die vor zwei Jahren gegründet worden war, wählte an ihrer Delegiertenversammlung vom März in Luzern die Zürcher **Sekundarlehrerin Monika Bloch Süss zur Präsidentin.**

Die Delegierten verabschiedeten ein **Zwölf-Punkte-Programm**, welches den Beitritt der Schweiz zu EU und UNO, verstärkte Asylhilfe in den Ursprungsländern, die Sicherung der Sozialwerke durch neue Mehrwertsteuerprozente, eine höhere Besteuerung der nichterneuerbaren Ressourcen, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer sowie höhere Kinderzulagen und Steuerabzüge für die Kinderbetreuung fordert.

Im September wurde mit **Graubünden die fünfte Kantonalsektion** in die Partei aufgenommen. Die CSP ist damit in den Kantonen, Jura, Freiburg, Luzern, Zürich und Graubünden vertreten.

Bei den Nationalratswahlen trat die CSP in den Kantonen Luzern, Freiburg und Zürich an. Es gelang ihr, den **bisherigen Sitz in Freiburg (Fasel) zu halten.** <sup>50</sup>

### POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 31.12.2002

MAGDALENA BERNATH

Anfang Januar wählte die EVP in Riehen (BL) **Joël Blunier** zum neuen, vollamtlichen **Generalsekretär.** Blunier, zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter der EVP Schweiz, trat die Nachfolge von Daniel Reuter an. Ausserdem sprachen sich die Delegierten für den UNO-Beitritt der Schweiz aus. Der Zentralvorstand lehnte die Initiative "für eine kürzere Arbeitszeit" ab. <sup>51</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Die Schweizer Demokraten gaben die **Ja-Parole** zur **Sonntagsinitiative** und zu den beiden **Atominitiativen** heraus; die übrigen vier Volksbegehren lehnten sie ab.

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 04.04.2011  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang April in Solothurn sprach sich die EDU für den Ausstieg aus der **Atomenergie** und für die Förderung alternativer Energien aus.<sup>52</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 10.04.2011  
MARC BÜHLMANN

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima reagierte die BDP relativ rasch und als erste bürgerliche Partei mit einem **Positionspapier zu einem Atomausstieg**. Dieser müsse längerfristig geplant werden, aber bis 2040 erfolgen. Die ursprüngliche in der Wahlplattform vom Februar verankerte Haltung, sich bei einer allfälligen Versorgungslücke nicht gegen den nötigen Bau neuer AKWs zu stemmen bzw. den Atomausstieg erst dann zu befürworten, wenn ökologisch und ökonomisch sinnvolle und realisierbare Alternativen bestünden, wurde im Anfang April vorgelegten Ausstiegskonzept nicht mehr erwähnt. Der befürchteten Versorgungslücke müsste mit der gezielten Förderung erneuerbarer Energieformen entgegengetreten werden. Ein Plan B sah den Bau von Gaskombi-Kraftwerken vor, wobei die CO<sub>2</sub>-Kompensation im Ausland geleistet werden müsse.<sup>53</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 27.05.2011  
MARC BÜHLMANN

In der **Energiepolitik** setzte sich die CSP gegen neue Kernkraftwerke ein. An der Januar-Versammlung wurde eine Resolution gegen den Bau neuer Atomkraftwerke verabschiedet und im Kanton Freiburg lancierte die Partei eine Volksmotion für ein stärkeres Mitwirkungsrecht der Bevölkerung bei Fragen zur Atomenergienutzung. Die Partei sprach sich zudem für eine sofortige Stilllegung des AKWs Mühleberg aus.<sup>54</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 12.09.2013  
MARC BÜHLMANN

Hinsichtlich ihrer **Energiepolitik** wurde der BDP vorgeworfen, ihre Positionen zu wechseln. Der Atomausstieg sei 2011 nur beschlossen worden, um den Bundesratssitz von Eveline Widmer-Schlumpf zu retten. In der Zwischenzeit sei die Partei aber atomfreundlicher geworden, was nicht zuletzt auch damit zu tun habe, dass viele BDP-Exponenten mit der BKW verhandelt seien, der Besitzerin des AKW Mühleberg. Hans Grunder (BE), ehemaliger Parteipräsident der BDP, dementierte die Gerüchte. Die BDP und er selber würden hinter dem Atomausstieg stehen. Das schulde man den zukünftigen Generationen.<sup>55</sup>

1) Presse vom 19.2.90 und 3.9.90.

2) Presse vom 19.2.90; Bund vom 23.8.90 und LNN vom 27.8.90; Pressedienst JCVP, Nr. 11/90; CVP-Pressedienst, Nr. 7/90, S. 56.

3) NZZ und JdG vom 27.3.90; NZZ vom 21.9.90.

4) Presse vom 26.2. und 20.8.90; SVP-Pressedienst vom 21.8.90 (S. 11 f.); SGT vom 22.9.90; SVP-Ja (1990). Nr. 9, S. 1 f.

5) Presse vom 23.1.95; Bund, 20.1.95

6) Presse vom 4.9.95; SPS (1995). Die Schweiz muss wieder sozialer werden. Wahlhandbuch 95

7) Presse vom 9.11.96

8) TA, 18.11.96

9) SGT, 14.11.96

10) NZZ, 2.2.98

11) Presse vom 31.5.99; Bund, 2.6.99

12) Presse vom 10.12.01.

13) Presse vom 14.1.02.

14) SGT, 18.1.02; Presse vom 21.1.02.

15) Presse vom 3.3.03.

16) Presse vom 18.6.04.

17) LT, NZZ und TA, 2.7.07; NZZ, 3.7.07.

18) NZZ und TA, 24.9.07.

19) NZZ, 25.1.10.

20) Presse vom 29.3.11.

21) NZZ, 28.3.11; Blick, 29.3.11; NZZ und TG, 4.4.11; BaZ, 5.4.11.

22) QJ, 22.3.11; Presse vom 25.3.11; NZZ, 25.3.11 (Wahlkampf auf der Strasse); NZZ, 16.4.11.

23) Presse vom 17.3.11; Exp. 12.4.11; NZZ, 13.4., 14.4. und 25.5.11; Presse vom 8.6.11.

24) Blick, 14.4.11; Presse vom 15.4.11; AZ, 1.6.11; SN und AZ, 9.6.11; NZZ, 16.8.11 (Wendigkeit); NLZ, 9.9.11; TA, 21.9.11; BaZ, 29.9.11 und 8.10.11 (Photovoltaikanklagen).

25) NZZ, 27.8.12.

26) NZZ, 28.8.12.

27) Sonntagspresse vom 3.2.13; NZZ, 23.2., 6.5., 19.8., 24.8. und 26.8.13; NZZS, 13.10.13 (Unsinn); NZZ, 14.10.13; www.fdp.ch

28) AZ, 1.2.13; SO, 20.10.13; TA und NZZ, 21.10.13

29) NZZ vom 12.1.90; TW vom 6.9.90

30) TA vom 23.4.90; SGT vom 10.9.90

31) NZZ vom 19.2.90; VO vom 13.9.90.

32) WoZ, 16.6.95

33) GPS (1995) 12 Reformen für die Schweiz; SGT und NZZ, 7.7.95; Presse vom 11.9.95

- 34) BZ, 15.4.96
- 35) Presse vom 23.5.96
- 36) Presse vom 14.4.03.
- 37) BZ, 28.10.04; Presse vom 1.11.04.
- 38) Presse vom 31.10.05.
- 39) LT und SN, 29.3.11; Blick, 31.3.11; AZ, 2.7.11; NZZ, 17.9.11; Presse vom 24.10.11.
- 40) BBl, 2012, S. 8405 (Grüne Wirtschaft); BBl, 2013, S. 615; NZZ, 23.1.12.
- 41) NZZ, 5.11.12; BZ, 15.12.12.
- 42) NZZ, 18.1.13; BaZ, 26.4.13; So-Bli und SoZ, 28.4.13; NZZ, 29.4.13; CdT, 3.10.13; NZZS und SO, 13.10.13; NZZ, 23.11.13.
- 43) BBl, 2013, S. 615.
- 44) Presse vom 22.1.90 und 3.9.90
- 45) NZZ vom 19.3.90 und 7.5.90
- 46) NZZ vom 19.2.90; Jdv vom 20.8.90
- 47) NZZ vom 12.2.90; Presse vom 27.8.90
- 48) NZZ, 28.10.96
- 49) NZZ, 4.11.96
- 50) NZZ, 22.3. und 20.9.99
- 51) BaZ, 28.1.02; NZZ, 28.1. und 29.1.02.
- 52) NZZ, 4.4.11.
- 53) NLZ, 15.3.11; So-Bli, 10.4.11.
- 54) NZZ, 17.1.11; BZ, 8.2.11; Lib. 27.5.11.
- 55) WW, 12.9.13.